

"Migrationspartnerschaften" : ein neues Konzept der internationalen Migrationspolitik und seine Umsetzung am Beispiel des Kosovo

Autor(en): **Fritschi, Alfred / Schläfli, Kuno**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Berner Geographische Mitteilungen : Mitteilungen der Geographischen Gesellschaft Bern und Jahresbericht des Geographischen Institutes der Universität Bern**

Band (Jahr): - **(2007)**

PDF erstellt am: **24.09.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-322771>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Einführung von Kolonisten aus Österreich und Deutschland, die Einführung von Schulen, Hygiene usw. Im österreichischen (ungarischen) Reich, und damit auch in Siebenbürgen, wurde nur den so genannten historischen Nationen ein Bürgerrecht und somit politische Rechte zugestanden, den Magyaren, Szeklern und Deutschen. Dagegen hatten Wallachen (Rumänen), Juden, Zigeuner und andere Volksgruppen in Siebenbürgen einen niedrigen Status, wurden gleichsam „toleriert“, hatten aber nichts zu sagen, obschon sie die Mehrheit der Bevölkerung ausmachten. Trotz der klaren Ungleichheit zwischen den Völkern, konnte aber nicht eigentlich von einer ethnischen Diskriminierung gesprochen werden. Die Gesellschaft wurde nicht nur nach ethnischen, sondern nach rechtlichen Kriterien in Adel und Bauern aufgeteilt. So waren zwar Zigeuner und ein Grossteil der Wallachen Bauern, oft Leibeigene, der Adel hingegen umfasste nicht nur „Deutsche“ (im weiteren Sinn), sondern auch Ungaren, Tschechen, Polen usw. In Siebenbürgen war ein Adeliger meist ein Ungar, konnte aber auch ein Rumäne sein, ein „Grieche“ (=Orthodoxer) konnte auch ein Rumäne, ein Serbe oder ein Bulgar ein. Man könnte also von verschwommenen Identitäten sprechen.

Die Ethnisierung, und damit das Problem der Ethnizität, begann erst mit dem 19. Jahrhundert mit dem Aufkommen von Nationen. Nationen, die sich befreien wollen, beanspruchen ein homogenes Territorium und sind intolerant gegenüber ehemaligen „Mitbürgern anderer Ethnien“. In Südosteuropa führte die Gründung von Staatsnationen nach westlichem Modell bald zu innerethnischen Problemen. In Siebenbürgen führte dies nach dem Ersten Weltkrieg, als Rumänien zum ersten Mal ein grosser Staat war, zu Intoleranz gegenüber den Magyaren, der vormals bevorzugten Volksgruppe. Deutsche und Magyaren hingegen hatten Mühe damit, sich nun als „rumänische Bürger“ verstehen zu müssen.

Heute suchen die Rumänen neue interkulturelle Modelle, speziell um eine Integration der Roma zu verwirklichen. Die Roma, ursprünglich ein Nomadenvolk mit unstrittener Herkunft, haben nie ein eigenes Territorium besessen, sind aber seit Jahrhunderten u.a. in Rumänien anwesend: Die grosse Mehrheit der Roma ist heute sesshaft. Nach Ansicht des Referenten stellt sich das aktuelle Problem der Roma in Rumänien zuerst einmal als soziales, nicht als ethnisches Problem: viele Romas sind arm und müssen als solche eingebunden werden.

Elisabeth Bäschlin

„Migrationspartnerschaften“ Ein neues Konzept der internationalen Migrationspolitik und seine Umsetzung am Beispiel des Kosovo

**Dr. Alfred Fritschi, Programmbeauftragter Kosovo,
DEZA, Bern
15. Januar 2008**

Migration in ihren vielschichtigen Facetten ist heute eine der zentralen globalen Herausforderungen. Die Schweiz hat sich international für die Erarbeitung des neuen Konzeptes von Migrationspartnerschaften engagiert und den Begriff auch in das neue Ausländergesetz aufgenommen. Die konkrete Ausgestaltung von bilateralen Migrationspartnerschaften als Instrument zur zwischenstaatlichen Steuerung von Migration steht jedoch erst in den Anfängen. Im Kern geht es darum, dass über Dialog und Verhandlungen positive Seiten der Migration gefördert und negative Seiten eingedämmt werden sollen. In der Bundesverwaltung laufen derzeit interdepartementale Vorbereitungen für Piloterfahrungen mit dem neuen Konzept.

Der Referent situiert einleitend die Schweizer Migrationspolitik im Spannungsfeld zwischen Sicherheit, Solidarität und wirtschaftlichen Interessen. Früher ist die Migrationspolitik vor allem von einer innenpolitischen Sicht geprägt gewesen, aber heute stösst eine „nationale Migrationspolitik“ angesichts der vielfältigen globalen Migrationsbewegungen an ihre Grenzen. Als Beispiel führte Alfred Fritschi die Schwierigkeiten an, welche sich bei der Rückübernahme mit Staaten ergäben, die selber eigentlich an Emigration interessiert sind. Das am 24.9.06 gutgeheißene neue Schweizer Ausländergesetz AUG gibt nun dem Bundesrat die Möglichkeit, bilaterale und multilaterale Vereinbarungen abzuschliessen, um die Zusammenarbeit mit anderen Staaten im Migrationsbereich zu intensivieren und die illegale Migration und deren negative Folgen zu mindern.

Die Ursachen von Migration liegt einmal in der ungleichen globalen Entwicklung, welche bei vielen Menschen eine Suche nach Wohlstand auslöst, dann in den demographischen Dynamiken (89% Bevölkerungszuwachs durch Zuwanderung in Europa 1990-2000), und schliesslich in der unbefriedigenden Gouvernanz in vielen Ländern, wodurch Menschenrechte nicht respektiert und individuelle Freiheiten eingeschränkt werden. Der Referent beschreibt, wie die UNO, die Weltbank und die EU auf die Trends des 21. Jahrhunderts reagieren: Die Verdoppelung der internationalen Migration in den letzten 25 Jahren (auf 200 Millionen 2005), das Anwachsen der Anzahl Herkunfts-, Transit- und Zielländer, sowie die zunehmende Differenzierung von Migrationsmustern. Die EU-Migrationspolitik z.B. bekennt sich expli-

zeit zu einem Gesamtansatz zur Migrationfrage, indem sie Migrations-Innenpolitik mit Aussenpolitik und Entwicklungszusammenarbeit verbindet und einen umfassenden Dialog pflegt.

Die Schweiz lancierte 2001 „The Berne Initiative“, welche den zwischenstaatlichen Konsultationsprozess im Rahmen von Konsultationsforen in Europa, Afrika, Asien und Lateinamerika aktivierte. 2004 entstand dann die „International Agenda for Migration Management“, welche die positiven Beiträge der MigrantInnen an die soziale, wirtschaftliche und kulturelle Entwicklung von Herkunfts- und Zielländern anerkennt. Laut dieser Agenda geht es darum, ein Gleichgewicht zwischen dem Fördern von Migration zu legitimen Zwecken und ihrer Kontrolle zu finden. Die „Interdepartementale Arbeitsgruppe Migration“, in welcher der Referent Mitglied ist, wurde 2003 vom Bundesrat eingesetzt, um Instrumente der Aussenpolitik für die Anwendung in den Bereichen Rückkehr und Migration zu prüfen. Sie entwickelte das Konzept der Migrationspartnerschaften mit den Herkunfts- und Transitländern der Migrantinnen. In diesen Abkommen wird ein ausgewogener und fairer Interessenausgleich angestrebt. bei Problemstellungen, die den beteiligten Staaten bei Aus-, Ein- und Rückwanderung entstehen. Alfred Fritschi geht hier auch auf die Aktionslinien der einzelnen beteiligten Bundesämter ein.

Der Westbalkan und der Maghreb wurden für Pilotprogramme für Migrationspartnerschaften bestimmt. Zum Schluss seiner Präsentation analysiert der Referent, der für das DEZA-Programm im Kosovo zuständig ist, die wechselhaften Migrationsbeziehungen der Schweiz mit dem Kosovo, wo die DEZA zwischen 1999 und 2007 über 100 Mio. CHF aus Mitteln des Bundesamtes für Migration für erfolgreiche Rückkehrhilfe und Strukturhilfe einsetzte. Er skizziert die Perspektiven für die Entwicklung einer Migrationspartnerschaft der Schweiz mit dem Kosovo, einem Land, das nun vielleicht auf dem Weg von einem „Drittstaat“ zu einem europäischen Nachbarland ist.

Kuno Schläfli

„....und plötzlich bist du DIE MUSLIMIN!“ Grenzen überqueren, erfahren und überwinden - Lebens- und Berufswege gut ausgebildeter Migrantinnen in der Schweiz

Nadia Baghdadi, Geographisches Institut, Universität Bern

22. Januar 2008

Verstärkte Globalisierungstendenzen führten in den letzten Jahrzehnten zu einer Entgrenzung

der Welt und zur Begünstigung von menschlicher Mobilität. Zeitgleich gewann eine nationalistische Rhetorik basierend auf einer „Unvereinbarkeit der Kulturen und Religionen“ an Zustimmung und es ist eine verstärkte Begrenzung der aussereuropäischen Einwanderung zu beobachten. In einer qualitative Studie wurden die Auswirkungen von Grenzüberquerungen auf die berufliche Entwicklung, die soziale Position und die Verortungsperspektiven von gut ausgebildeten Frauen aus der Türkei, dem Balkan und aus arabischen Ländern erstellt und im Vortrag anhand dreier „typischer“ Fallbeispiele diskutiert.

Die Globalisierung mit der zunehmenden Verflochtenheit der Welt hat auch die Migration in die Schweiz in den letzten zwei Jahrzehnten verändert. Einmal kommen vermehrt Personen aus Staaten ausserhalb Europas; damit nimmt die gesellschaftliche und auch religiöse Heterogenität in der Schweiz zu. Ausserdem findet eine Feminisierung der Migration statt: es kommen heute ebenso viele Frauen wie Männer. Und schliesslich hat allgemein der Anteil gut ausgebildeter MigrantInnen zugenommen; dies gilt auch für Frauen mit muslimischem Hintergrund.

In der Schweiz und Europa gelten ganz bestimmte Vorstellungen von muslimischen Frauen: Sie sind im Haushalt eingeschlossen, unselbständig, von Ehemann und Familie abhängig und unterdrückt.

Die Mutterschaft erscheint in ihrer Erzählung als Strategie gegen Arbeitslosigkeit. Dieses Bild wird oft noch verstärkt durch die Forschung, wenn diese vorwiegend Themen untersucht wie das Tragen des Kopftuchs, das Familienleben, muslimische Identität und Religionspraxis oder Jugend und Gewalt. Erwerbstätigkeit oder die Teilnahme am öffentlichen Leben hingegen interessieren in wissenschaftlichen Arbeiten kaum, ebenso wenig gut ausgebildete MigrantInnen oder solche mit muslimischem Hintergrund, die ihre Religion nicht ausüben, obschon letztere laut Studien rund 90% aller MigrantInnen ausmachen. MigrantInnen aus muslimischen Gesellschaften werden auch bei uns immer wieder auf ihre Religion angesprochen und beschränkt.

Ziel der im Vortrag vorgestellten Studie war es, dieses einheitliche Bild von Migrantinnen am Beispiel von Arbeitsbiographien gut ausgebildeter Frauen aus der Türkei, aus dem Balkan und arabischen Ländern zu differenzieren und vorhandene Forschungslücken zu schliessen.

Ich möchte von den vier Frauen, die im Vortrag vorge-



Abb. 1: Migrantin